

## SIMBABWE

ANNETTE SCHWARZBAUER

25. Juni 2008

[www.kas.de/simbabwe](http://www.kas.de/simbabwe)[www.kas.de](http://www.kas.de)

## Verantwortung für Simbabwe – die afrikanische Staatengemeinschaft ist gefordert

Am 22. Juni erklärte Morgan Tsvangirai, Präsidentschaftskandidat der oppositionellen MDC (Movement for Democratic Change) in Simbabwe seinen Rückzug von der für den 27. Juni vorgesehenen Stichwahl. Die MDC glaube nicht mehr an glaubwürdige Wahlen. Mugabe habe den Krieg erklärt und die MDC wolle an diesem Krieg nicht teilnehmen. Die MDC könne nicht verlangen, dass Wähler ihre Stimme für die Opposition mit dem Leben bezahlen müssten. Die Entscheidung liegt der simbabwischen Wahlkommission inzwischen schriftlich vor.

Die Entscheidung kam zu Stande, nachdem Anhänger der Opposition auf dem Weg zu einer Wahlkampfveranstaltung in Harare am 22. Juni angegriffen worden waren. Anhänger der Regierungspartei ZANU-PF hatten das Stadion, in dem die Veranstaltung stattfinden sollte, und die Zufahrtstraßen besetzt und griffen Oppositionsanhänger an.

Rund 80 Anhänger der Opposition sind im Vorfeld der Stichwahl getötet, ca. 200.000 Personen aus ihren Wohngebieten vertrieben worden. Die Bevölkerung wird gezielt eingeschüchtert. Die aktuelle Welle von Repressionen begann nach den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom 29. März, bei denen die Regierungspartei ZANU-PF ihre Parlamentsmehrheit an die MDC verlor und Präsidentschaftskandidat Tsvangirai laut offizieller Auszählung die Mehrheit der Stimmen gewann, nach eigenen Auszählungen sogar die absolute Mehrheit, was eine Stichwahl nicht nötig gemacht hätte.

Morgan Tsvangirai wurde in den vergangenen Wochen mehrmals verhaftet, der Generalsekretär der MDC, Tendai Biti, ist seit Ta-

gen in Haft. Der Wahlkampf der Opposition wird behindert, staatliche Medien veröffentlichen keine Wahlwerbung der MDC.

Der UN-Sicherheitsrat verurteilte inzwischen die Gewalt in Simbabwe und forderte zu einer Verschiebung der Stichwahl auf. Die simbabwische Regierung äußerte, dass die Wahlen stattfinden würden. Der Rückzug eines Kandidaten sei laut Wahlgesetzgebung nur bis spätestens 21 Tage vor der Wahl möglich. Diese Regelung bezieht sich im Wahlgesetz allerdings auf die erste Wahlrunde. Formell gesehen liegt es nun an der Wahlkommission, eine Regelung zu finden. Sie hatte bereits den Zeitpunkt für die Stichwahl auf ein späteres Datum als vorgesehen festgesetzt. Eine Möglichkeit wäre, dass die zweite Wahlrunde abgesagt und der verbleibende Kandidat, also Mugabe, zum Gewinner erklärt würde.

Arnold Vaatz, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, appelliert an die Verantwortung der afrikanischen Staaten, besonders an Südafrika: „Alle Versuche der Europäer oder Amerikaner, auf die Einhaltung demokratischer Prinzipien in Simbabwe hinzuwirken, werden jedoch ohne Erfolg bleiben, wenn nicht endlich Südafrika sich zu seiner regionalen Verantwortung für das südliche Afrika bekennt. Südafrika trägt eine große Mitverantwortung für die Eskalation der Lage in Simbabwe.“

Inzwischen sind von afrikanischer Seite deutlich kritischere Töne als bisher zu vernehmen. Bernard Membe, Außenminister von Tansania, eines der drei Länder, die im Auftrag der Staatengemeinschaft im südlichen Afrika SADC die Wahlen in Simbabwe

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**SIMBABWE**

ANNETTE SCHWARZBAUER

**25. Juni 2008**

**[www.kas.de/simbabwe](http://www.kas.de/simbabwe)**

**[www.kas.de](http://www.kas.de)**

beobachten, äußerte, dass die Gewalt von Seiten der Regierung ausgehe. Es gebe klare Anzeichen dafür, dass niemand behaupten könnte, die Wahlen würden frei und fair verlaufen. Die Staatengemeinschaft bemühe sich, Lösungen zu erarbeiten, die Simbabwe vor dem totalen Kollaps bewahren könnten.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt trotz schwieriger äußerer Bedingungen ihre Arbeit in Simbabwe fort. Im April 2008 startete ein von EU und BMZ gefördertes Projekt zur Armutsbekämpfung durch Aus- und Fortbildung von Frauen in ländlichen Gebieten, das die Stiftung und ihr langjähriger Partner Self Help Development Foundation (SHDF) gemeinsam durchführen.